

Postulat Fraktion SVP (Alexander Feuz/Kurt Rügsegger/Roland Jakob, SVP): Betonpoller, Poller, Strassenverengungen: neue Gefahrenstellen!

In der Matte an der Aarstrasse ereignet sich Ende 2012 ein tragischer Autounfall. Diesen Unfall nahm die Stadt aber offenbar zusätzlich zum Anlass im Rahmen von Sofortmassnahmen an der Aarstrasse bauliche Massnahmen zu ergreifen und die Fahrbahn weiter zu verengen. Nach Auffassung der Postulanten wurden durch die Verengung und die Erstellung von Pollern zusätzliche Gefahren für alle Verkehrsteilnehmer geschaffen. Auch erstaunt, weshalb angesichts der projektierten 680'000 Franken teuren Polleranlage und dem vorgesehenen Rückbau der Aarstrasse gleichwohl vom Gemeinderat eine u.E. kontraproduktive teure gefährliche Mehrfachschikane erstellt wurde. Aus unlängst erschienen Medienberichten ist zudem ersichtlich, dass die Verengungen nicht nur für Automobilisten sondern auch für Velofahrer zur gefährlichen Falle werden kann. Dies ist insbesondere bei winterlichen Verhältnissen und bei reduziertem Winterdienst gegeben.

Der Gemeinderat wird höflich um Prüfung der folgenden Fragen ersucht:

1. Es sei ein Bericht vorzulegen, ob sich nebst dem erwähnten tragischen Unfall an der Matte im Zusammenhang mit den unzähligen Verkehrsbeschränkungsmassnahmen (Poller/Verengungen etc.) in der Stadt Bern auch noch andere Unfälle an „mit Beton oder Pollern gesicherten“ Standorten in den Letzten vier Jahren ereignet haben und welche Lehren wurden aus den gemachten Erkenntnissen gezogen?
2. Es sei zu prüfen, ob durch die nun neu vorgenommene Verengung und die baulichen Massnahmen (massive Betonabschränkung/Poller) an der Aarstrasse nicht zusätzliche Gefahrenstellen geschaffen wurden, die zu neuen Unfallsituationen führen könnten?
3. Es sei ein entsprechender Bericht vorzulegen, der aufzeigt, nach welchen Kriterien Verkehrsbeschränkungsmassnahmen (Verengungen, Einbau von Poller, Abschränkungen, künstliche Strassenbelagsaufbauten wie an der Stadtbachstrasse etc.) erarbeitet werden und wie die Auswirkungen auf die Verkehrssicherheit sämtlicher Verkehrsteilnehmer gewichtet werden.
4. Der Gemeinderat solle in einem Bericht aufzeigen, welche Direktionsstellen, welchen Kostenaufwand generierten und wie viel die zusätzlichen Massnahmen an der Aarstrasse an Kosten verursachten und wie die Kosten auf welche Dienststelle im PGB verrechnet wurden.

Bern, 12. Dezember 2013

Erstunterzeichnende: Alexander Feuz, Kurt Rügsegger, Roland Jakob

Mitunterzeichnende: Simon Glauser, Ueli Jaisli